



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Frankreich. Dem General Mollet ist gelungen, was bisher kein deutscher Nachkriegskanzler zu erreichen vermocht hat: er hat durch sein Vorgehen gegen die Deutschen Werke Arbeiter und Bürgerliche, wenn auch nicht im Widerstand, so doch in der Abwehr gegen französische Anmaßung geeinigt. Er hat es dahin gebracht, daß auch der deutsche Arbeiter heute klar erkennt, welcher Unsinn es war, Versailler Vertrag und Londoner Ultimatum zu unterschreiben, und daß es bei der Liquidierung des Kriegszustandes um mehr als um Sozialisierung der Bergwerke, Besteuerung des Kapitals, Reaktion, daß es vielmehr um Leben und Gedeihen jedes einzelnen geht. Frankreich führt nicht Krieg gegen den deutschen Kapitalismus und den deutschen angeblichen Militarismus — letzteren braucht es, wie Washington beweist, sogar dringend, um einen Vorwand zur Aufrechterhaltung der eigenen Rüstung, die allein ihm die Vorherrschaft in Europa garantiert, zu haben — Frankreich führt Krieg gegen die zwanzig Millionen Deutsche zu viel. Es braucht keineswegs eine bloße Höflichkeitsphrase zu sein, wenn Mollet den deutschen Arbeitervertretern erklärt hat, er halte ihren Friedenswillen für aufrichtig. „Aber Ihre Kinder?“ fügte er hinzu. Die deutschen Kinder, die deutsche Zukunft müssen ausgerottet werden, damit Frankreich gedeihen kann. Damit es in alle Zukunft Europa unter dem Druck seiner farbigen und schwarzen Sklaven halten kann, damit weder Italien, noch England jemals in Deutschen Bundesgenossen finden könnten, muß, wo diese zwanzig Millionen eines bis aufs Hemd entwaffneten, arbeitsfreudigen Volkes, das ausgehungert und zitternd alles unterschrieben hat, was man von ihm verlangte und sich jedes Jahr ein weiteres Stück seines Gebiets entreißen läßt, wohnen, eine Wüstenei geschaffen werden. Das wird geschehen, wenn Deutschland sich selbst aufgibt und die Völker Europas können dann in zwanzig Jahren die gleiche Kampagne gegen den französischen Militarismus führen, den sie gegen den sogenannten deutschen, der auf vierundvierzig Friedensjahre zurückblicken konnte, deren keine europäische Großmacht sich rühmen konnte, führen zu müssen geglaubt haben. Schon jetzt wird deutlich, wer eigentlich den Frieden Europas bedroht. Wer hat die Kollisat, Denikin, Wrangel gegen Rußland unterstützt, wer mit Judenitsch sympathisiert? Wer heßt in Warschau, wer in Rumänien gegen Rußland? Wer sucht die türkischen Nationalisten gegen Rußland zu verwenden? Wer verlangt nach Unabhängigkeit vom englischen Bundesgenossen, um sich ungekört des „Pfandes“ des Ruhrgebiets bemächtigen zu können. Wessen Presse redet ständig von Wegnehmen, Zwingen, Ausliefern, Niederwerfen, Aufteilen, Bekämpfen, Pfänden, Sandanlegen und was dergleichen Gerichtsvollzieher- und Landesknechtsausdrücke mehr sind? Wer zwingt die östlichen Nachbarn Deutschlands, widerwillig Verträge abzuschließen? Wer hat im „Friedens“-vertrag einfach dekretiert: die Schweiz gibt ihre Freizonen heraus? Wer kündigt Spanien und Italien die Handelsverträge, um ihnen, gestützt auf die Gewalt der Bajonette, ungünstigere Bedingungen aufzuzwingen. Wobei man (siehe „Journal“) den Italienern zu verstehen gibt, 1898 habe man ihnen günstige Bedingungen machen müssen, um sie vom Dreibund abziehen, jetzt habe man das nicht mehr nötig. Wer ist gegen die Abschaffung der Unterseeboote, von denen der „Eclair“ selbst gestanden hat, daß sie in erster Linie für einen Krieg gegen England in Frage kämen. Hat die Welt keine Augen? Wer ist denn der Störenfried Europas?

Es genügt nicht, befriedigt darauf hinzuweisen, daß Briand in Washington schlecht abgeschnitten hat. Denn gerade das bildet eine Ursache unserer Unruhe. Lardieu wie Poincaré haben Briand seinen Mißerfolg vorausgesagt. Grund genug, ihn nach seiner Rückkehr zu stürzen. Nicht nur die Marmpolitik Briands hat Schiffbruch gelitten, sondern mehr noch seine Politik der Solidarität

der Alliierten. Durch den Botschafter Jusserand wie gewöhnlich schlecht informiert, ist Briand nach Washington gegangen, zunächst um der unangenehmen Finanzdebatte auszuweichen, sodann aber sicher in der unbestimmten Hoffnung, durch eine englandfeindliche Haltung extra, mindestens von Amerika Garantien gegen einen „neuen deutschen Angriff“ zu bekommen oder die Streichung der französischen Auslandsschulden an die Vereinigten Staaten durchzusetzen. Von Anfang an ist ihm zu verstehen gegeben, daß an beide nicht zu denken sei. Eine etwa erreichte Annäherung an Japan wird in Frankreich wenig Eindruck machen. England gegenüber ist die Stimmung in Frankreich schlechter als je und zwar handelt es sich diesmal sichtlich nicht um eine planmäßige Kampagne oder einen Ausdruck vorübergehender schlechter Stimmung, sondern um eine chronische Vergiftung der Beziehungen. Man braucht nur die Kommentare zum Notenwechsel über den Angoravertrag zu lesen, um das festzustellen. Hinzukommt, daß man die Engländer der Deutschfreundlichkeit beschuldigt, seit sie ohnehin durch schwere Konflikte ad home and abroad bedroht, nicht tatenlos zusehen wollen, wie ihr bester Kunde Deutschland durch die Habgierigkeit und verschwenderische Wirtschaft Frankreichs, das fortwährend mit der faustdicken Lüge, es sei schwerer besteuert als Deutschland, operiert, ruiniert wird. Hinzukommen die auf den Londoner Konferenzen gemachten Erfahrungen, das Verhalten Englands dem Wiesbadener Abkommen gegenüber und bei der Verteilung der ersten deutschen Reparationsmilliarde, hinzukommen endlich die Reibereien in Konstantinopel, wo englische und französische Dienststellen sich bereits nicht mehr grüßen. Ob angesichts dieser Mißstimmung Briand seinen alten Refrain von der Aufrechterhaltung der Allianzen wird aufrechterhalten können, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Die Tendenz geht auf Selbständigkeit, auf freie Hand in erster Linie Deutschland gegenüber. Nicht wenig wirkt auch die innerpolitische Lage auf diese Entscheidung hin. Briand steht im Verdacht, mit den bei den Wahlen geschlagenen Radikalsozialisten zu sympathisieren und die Bildung eines neuen Linksblocks zu begünstigen. Der bisherige Rechts- oder Nationalblock befürchtet von dieser Orientierung zweierlei: Wiederaufnahme des Kampfes um die Laiengesetzgebung nebst Zurückdrängung des während des Krieges gewachsenen Einflusses der Klerikalen und Besteuerung des Vermögens und Einkommens. Bisher ist es Briand durch äußerst geschicktes bald Verhandeln, bald Hinhalten gelungen, dem Klerikalismus Genüge zu tun, ohne das in den Verwaltungen und Klubs noch immer sehr mächtige Freimaurer- oder doch Freidenkertum allzu stark zu beunruhigen, und falls es gelingt, die französischen Bischöfe, die allerdings zum Teil im wörtlichen Sinne päpstlicher als der Papst sind, für einen Kompromiß zu gewinnen, sind vorderhand von dieser Seite keine neuen Verwicklungen zu befürchten. Anders wird die Situation natürlich hier wie überall, sobald es um Geld geht. Schon gegen die bisher bewilligten Kriegsgewinn-, Einkommen- und Vermögenssteuern wird als Hauptargument ins Feld geführt, daß sie mangelhaft eingehen und hinter den Vorschlägen weit zurückbleiben. Jetzt haben gar die Radikal-Sozialisten, um ein Programm zu bilden, dem auch die bisher noch zwischen Linksblockpolitik und Klassenkampf unentschieden schwankenden Sozialisten beipflichten könnten, eine Zwangsanleihe vom Vermögen vorgeschlagen, während der Bloc national fest entschlossen ist, jedes im französischen Budget entstehende Defizit durch die von Deutschland erwarteten Zahlungen auszufüllen. Es wird nun alles davon abhängen, in welcher Weise Steuersehen und Einsicht in finanzielle Notwendigkeiten sich innerhalb der französischen Bevölkerung verteilen. Das Argument, daß erst Deutschland, dann Frankreich zahlen müsse, ist gewiß einleuchtend und wirksam, andererseits zeigt der Nach- und Ersatzwahlen, daß die Bevölkerung immer stärker von der Politik des Bloc national abzurücken geneigt ist. Wiederum zeigt aber der Fokker-Zwischenfall auf der internationalen Ausstellung für Luftschiffahrt in Paris, daß die Parole Antibloche noch immer sehr zugkräftig ist. Typisch ist ja auch das Verhalten gegen die Möglichkeit des Wiederaufbaues durch deutsche Arbeiter. Die geschädigte Bevölkerung ist mit durchschnittlich 84 Prozent

dafür, der Minister aber, derselbe, der das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen hat, erklärt, es müsse noch eine zweite Abstimmung stattfinden, die Gewähr dafür biete, daß sie auch wirklich unbeeinflusst vor sich gegangen sei. Zur selben Zeit setzt, ohne Frage betrieben durch gewisse Vertreter der französischen Industrie, eine wilde Propaganda gegen die deutschen Arbeiter ein. Gerade aber diese Ungewißheit, dieses bloßen Stimmungsmomenten unterworfenen Hin und Her macht Briands Stellung ohne Frage schwierig, so daß er nach seiner Rückkehr entweder eine schmetternde Drohrede, was alles geschehen wird, wenn Deutschland am 15. Januar nicht zahlt, loslassen oder einem weiter rechts gerichteten Kabinett, in welchem etwa Sonnert, Poincaré, Tardieu, Barthou die Hauptvertreter sein würden, Platz machen muß. Diese Entwicklung wird um so wahrscheinlicher, als die Linksblocbewegung augenblicklich sichtlich noch nicht stark genug ist, um der Kammermehrheit ihren Willen aufzudrängen und erst von den Mißerfolgen eines ausgesprochenen Rechtskabinetts weiteren Zuwachs erwarten kann. Hinzu kommt endlich, daß die scharfen Auseinandersetzungen mit England über das Angoraabkommen Frankreich immer mehr vor die stritte Wahl stellen: Orient oder Rhein. Der Ausfall der Wahl kann bei der gegenwärtigen Stimmung nicht zweifelhaft sein. Die Denkschrift des Bundes britischer Industrieller zeigt deutlich, wie hoch wir eine englische Unterstützung gegen eine unabhängig gewordene französische Aheimpolitik zu bezahlen hätten.

Zu registrieren bleibt nur, bevor die letzten, im Gesamtzusammenhang zu betrachtenden Nachrichten aus Washington vorliegen, die französische Antwort auf das Angebot der Sowjetregierung, die Vorkriegsschulden zu bezahlen. Sie behandelt das Angebot zunächst lediglich als Manöver der Sowjets, ihre Anerkennung als Regierung durchzusetzen, und macht aus ihm einen Erfolg der französischen Festigkeit. Auch jetzt wieder wird Gelegenheit genommen, die Engländer, die die Antwort übermitteln, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß eine nähere, wenn auch nur wirtschaftliche Berührung mit den Sowjets gefährlich und nutzlos und daß dies auch der von der amerikanischen Regierung mehrfach vertretene Standpunkt sei. Es wird ferner erinnert an den berühmten Arguart-Bericht über die Unmöglichkeit, Handel mit Rußland zu treiben. Daraus ergibt sich für die französische Regierung die feste Überzeugung, daß die Erneuerung Rußlands abhängig ist „von der völligen und aufrichtigen Aufgabe der gemachten Experimente, des bisher angewandten Systems und der Achtung der Grundsätze des allgemein anerkannten Völkerrechts“. Eschischerin stelle die Anerkennung der Schulden als eine Konzession hin, während sie doch das Bekenntnis zu einem Grundsatz des gemeinen Rechts sein müsse. Auch sei das Angebot der Sowjets viel zu stark beschränkt und ziehe weder die Kriegsschulden, wie die Stadtanleihen, noch die Anleihen von vor dem Kriege staatlich unterstützten Körperschaften, deren Erbvermögen die Sowjets eingezogen hätten, noch die Entschädigungsansprüche privater Ausländer mit ein. Ferner stellt die französische Regierung zur Bedingung, daß in Rußland eine Regierung herrsche, die wirklich den Ausdruck des Volkswillens darstelle, daß das Privateigentum, namentlich der Ausländer, respektiert wird, daß endlich die Sowjets auf alle Auslandspropaganda verzichten und dafür reale Garantien bieten.

Daß die Russen auf solche Bedingungen eingehen, ist nicht wahrscheinlich; man wird also noch weiterhin in der europäischen Politik mit dem ungeklärten russischen Problem zu rechnen haben.

Menenius